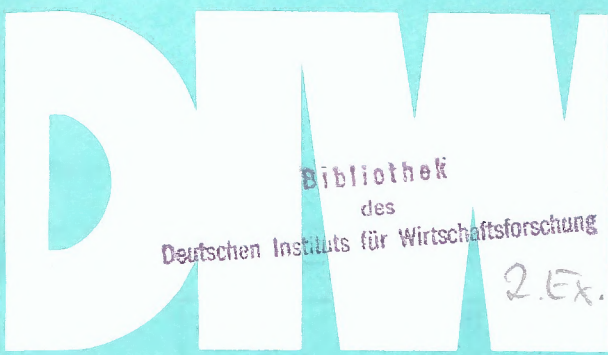




Innerdeutscher Handel:	
Expansionsmöglichkeiten wirklich nutzen!	95
Schulische Bildung und berufliche Qualifikation von Frauen und Männern	106

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 9·10/89

Berlin

9. März 1989

56. Jahrgang

Innerdeutscher Handel: Expansionsmöglichkeiten wirklich nutzen!

Der innerdeutsche Handel hat 1988 nominal stagniert. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen ergibt sich sogar ein leichter Umsatzrückgang. Wie unbefriedigend die Entwicklung dieses Handels in den letzten Jahren war, zeigt sich daran, daß sein Anteil am gesamten auswärtigen Warenverkehr in beiden deutschen Staaten gesunken ist.

Die politischen Rahmenbedingungen für den Ausbau der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sind heute günstiger denn je. Beide Regierungen sollten diese Möglichkeiten nutzen. Hierbei könnten Sonderprogramme (Kooperation beim Umweltschutz, Beitrag zur Modernisierung der DDR-Industrie) eine wichtige Rolle spielen. Die Zeit drängt indes: In der DDR werden die ökonomischen Grundlinien für das neue Planjahr fünf 1991/95 festgelegt und in der Bundesrepublik die wirtschaftspolitischen Weichen für den EG-Binnenmarkt 1992 gestellt.

Entwicklung 1988

Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes hat der innerdeutsche Warenverkehr 1988 nominal stagniert. Einer leichten Steigerung der Bezüge der Bundesrepublik (+2,1 vH) stand ein geringfügiger Rückgang ihrer Lieferungen (-1,8 vH) gegenüber¹. Dieses Ergebnis kam nicht unerwartet, schon zu Jahresbeginn waren keine Auftriebstendenzen zu erkennen. Hinter dem Gesamtergebnis verbirgt sich allerdings eine sehr differenzierte Entwicklung im einzelnen. Die Bezüge aus der DDR hatten einen guten Start; die hohen Zuwachsraten zu Beginn des Jahres sind dann allerdings immer mehr geschmolzen. Bei den Lieferungen in die DDR waren dagegen zu Jahresbeginn erhebliche Rückgänge zu verbuchen, die sich dann im Laufe des Jahres ständig abschwächten. Aufgrund des herausragenden Dezemberergebnisses hat die Bundesrepublik 1988 schließlich sogar einen respektablen Lieferüberschuß erzielt. Bemerkenswerterweise waren die hohen Dezemberlieferungen von Maschinenbauerzeugnissen geprägt.

In den Daten des Statistischen Bundesamtes sind — anders als in denen der Bundesregierung bzw. der Treuhandstelle für Industrie und Handel — die sogenannten Dreiecksgeschäfte (Warenverkehr auf ausländische Rechnung) enthalten. Hierbei handelt es sich um Transaktionen, die Ausländer abwickeln und finanzieren; die Güter aber stammen aus der Bundesrepublik und werden direkt in die DDR verbracht². Die DDR wählt diesen Weg des Gütertransfers aus der Bundesrepublik offenbar einmal aus optischen Gründen, um in der Finanzierungsstatistik ihr Defizit gegenüber der Bundesrepublik in Grenzen zu halten, zum anderen vermutlich aus Gründen ihrer jeweiligen länderspezifischen Valutalage. Diese Lie-

¹ Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6.

² Zu unterscheiden von den durch Fremdwährungen finanzierten Dreiecksgeschäften sind die sogenannten Drittlandgeschäfte (Warenverkehr über Drittländer). Dies sind jene Güterströme, die sich in den Außenhandelszahlen zumindest eines dritten Landes widerspiegeln und die nicht über die deutsch-deutsche Grenze laufen.

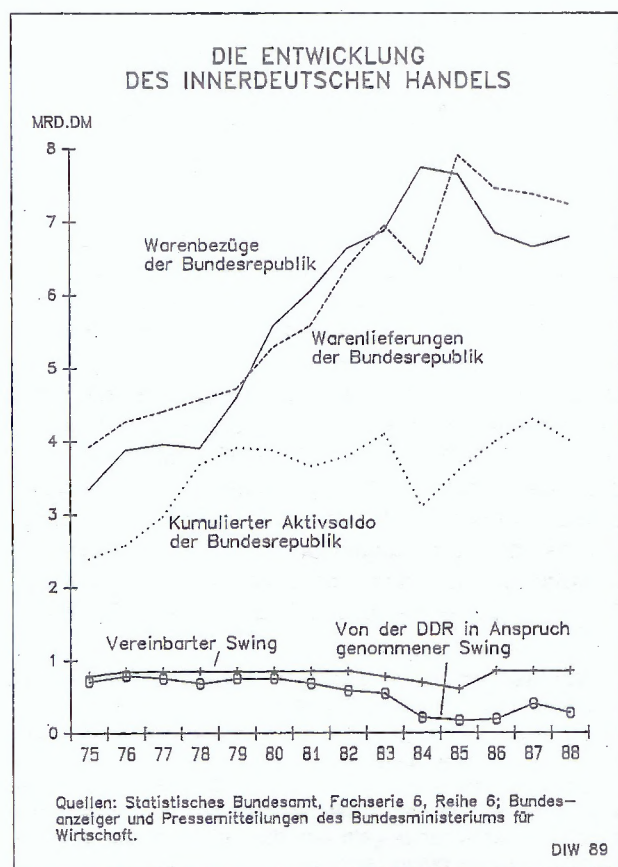
Tabelle 1

Entwicklung des innerdeutschen Handels seit 1975

Jahr	Zunahme im Warenverkehr ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH					
	nominal			real ²⁾		
	Bezüge	Lieferungen	Umsatz	Bezüge	Lieferungen	Umsatz
1975	2,8	6,8	4,9	4,9	5,6	5,3
1976	16,0	8,9	12,1	6,6	3,9	5,1
1977	2,2	3,3	2,8	1,8	3,0	2,5
1978	-1,5	3,8	1,2	1,1	3,5	2,4
1979	17,7	3,2	9,8	-9,1	-3,7	-6,0
1980	21,6	12,2	16,8	5,6	2,8	4,0
1981	8,4	5,3	6,9	-1,4	-2,6	-2,1
1982	9,7	14,5	12,0	10,3	12,3	11,4
1983	3,6	8,8	6,2	6,0	7,7	7,0
1984	12,6	-7,8	2,4	7,3	-11,6	-3,6
1985	-1,4	23,3	9,8	-2,9	25,8	12,2
1986	-10,4	-5,7	-8,0	3,7	4,9	4,4
1987	-2,9	-1,2	-2,0	3,8	3,6	3,7
1988	2,1	-1,8	0,1	1,4	-3,9	-1,8

¹⁾ Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). — ²⁾ Unter Berücksichtigung der vom DIW errechneten Preisentwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6; Berechnungen des DIW.



ferungen haben in den letzten zwei Jahren stark an Bedeutung gewonnen.

Der Stand der Verbindlichkeiten der DDR aus ihren Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik, der sog. kumulierte Aktivsaldo der Bundesrepublik, ist 1988 indes nicht gestiegen; er hat (nach Schätzungen des DIW) vielmehr um rund 400 Mill. DM abgenommen. Dieser Saldo erfaßt die Gesamtheit der Verbindlichkeiten der DDR gegenüber der Bundesrepublik, die im innerdeutschen Handel entstanden sind. Er ergibt sich aus dem Saldo des Warenverkehrs nach den Daten des Bundeswirtschaftsministeriums und dem Saldo der nach dem Berliner Abkommen erfaßten Dienstleistungen, unter Berücksichtigung der Zahlungen der DDR auf das Sonderkonto der Deutschen Bundesbank (Barzahlungskonto).

Der Saldo des Dienstleistungsverkehrs mit der Bundesrepublik ist für die DDR immer noch negativ, obwohl in den 80er Jahren eine deutliche Verminderung eingetreten ist (siehe Tabelle 2). Da auch der Warenverkehr (nach den Daten des Statistischen Bundesamtes) für die DDR 1988 mit einem Defizit abschloß, überrascht es, daß der kumulierte Saldo abgenommen hat. Erklärt wird es durch die rapide gestiegenen Dreiecksgeschäfte (1988: 900 Mill. DM), die keinen Niederschlag in den Kreditbeziehungen zur Bundesrepublik finden.

Der Swing, d.h. der unverzinst Zentralbankkredit im Rahmen des innerdeutschen Handels, wurde 1988 von

Tabelle 2

Kennziffern zum innerdeutschen Handel

	Einheit	1975	1980	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Warenverkehr¹⁾										
Bezüge ²⁾	Mrd. DM	3,34	5,58	6,64	6,88	7,74	7,64	6,84	6,65	6,79
Lieferungen ²⁾	Mrd. DM	3,92	5,29	6,38	6,95	6,41	7,91	7,45	7,37	7,23
Umsatz	Mrd. DM	7,26	10,87	13,02	13,83	14,15	15,54	14,30	14,01	14,02
Saldo	Mrd. DM	0,58	-0,29	-0,26	0,07	-1,34	0,27	0,61	0,72	0,45
Dienstleistungen³⁾										
Bezüge ²⁾	Mill. DM	169	438	536	867	752	822	860	826	974
Lieferungen ²⁾	Mill. DM	526	932	1 138	1 209	1 300	1 273	1 197	1 114	1 060
Umsatz	Mill. DM	695	1 370	1 674	2 076	2 052	2 095	2 057	1 940	2 034
Saldo	Mill. DM	357	494	602	342	548	450	338	288	86
Finanzierungskennziffern										
Kumulierter Aktivsaldo ⁴⁾	Mrd. DM	2,39	3,87	3,80	4,10	3,10	3,60	4,00	4,30	3,9
Vereinbarter Swing	Mill. DM	790	850	850	770	690	600	850	850	850
In Anspruch genommener Swing ⁵⁾	Mill. DM	711	745	582	543	210	170	185	402	265
Zahlungen der DDR über das Sonderkonto „S“	Mill. DM	161	12	66	73	54	19	64	50	50 ¹⁰⁾
Relativer Schuldenstand ⁶⁾	vH	72	69	57	60	40	47	58	65	58
Ausnutzungsgrad des Swings ⁷⁾	vH	90	88	68	71	30	28	22	47	31
Swingfinanzierungsanteil ⁸⁾	vH	30	19	15	13	7	5	5	9	7
Swing-Bezüge-Relation ⁹⁾	vH	21	13	9	8	3	2	3	6	4

1) Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes. Sie weichen aus methodischen Gründen von den im Bundesanzeiger veröffentlichten Angaben der Bundesregierung ab. — 2) Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). — 3) Konto III des Berliner Abkommens: Bezüge = passive Dienstleistungen = Ausgaben der Bundesrepublik einschließlich der mit der DDR vereinbarten Postpauschale (1983–1990: 200 Mill. DM jährlich); Lieferungen = aktive Dienstleistungen = Einnahmen der Bundesrepublik. — 4) Aktivsaldo der Bundesrepublik, Finanzierungssaldo aus dem Warenverkehr nach den Daten der Bundesregierung, den Dienstleistungen und dem Barzahlungskonto (Sonderkonto „S“) per 31. Dezember. — 5) Von der DDR im Jahresdurchschnitt tatsächlich in Anspruch genommener Swing. — 6) Verhältnis von kumuliertem Aktivsaldo zu den Warenbezügen aus der DDR. — 7) In Anspruch genommener Swing in vH des vereinbarten. — 8) Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zum kumulierten Aktivsaldo. — 9) Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zu den Warenbezügen aus der DDR. — 10) Vorläufig.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6; Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft; Berechnungen des DIW.

der DDR im Jahresdurchschnitt mit nur 265 Mill. DM (der Kreditrahmen beträgt 850 Mill. DM) in Anspruch genommen³⁾. Das war absolut und relativ weniger als im Jahr zuvor (vgl. Tabelle 2). Der relative Schuldenstand (Verhältnis von kumuliertem Saldo zu den Warenbezügen aus der DDR) und andere Finanzierungskennziffern haben sich gegenüber den letzten Jahren kaum geändert (vgl. Tab. 2). Damit zeigt sich, daß die DDR auch 1988 ihre Politik einer demonstrativ niedrigen Swing-Ausnutzung fortgeführt hat. Sie ist offensichtlich Teil einer Strategie, zu der auch gehört, das Verhältnis von Lieferungen und Bezügen gegenüber der Bundesrepublik langfristig ausbalanciert zu halten. Der kumulierte Saldo hatte 1988 etwa das Niveau von 1982 (3,80 Mrd. DM). Der nach der Bonitätskrise eingeschlagene Konsolidierungskurs in der Westhandelspolitik der DDR hat damit auch 1988 die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik bestimmt.

Warenstruktur und Preisentwicklung

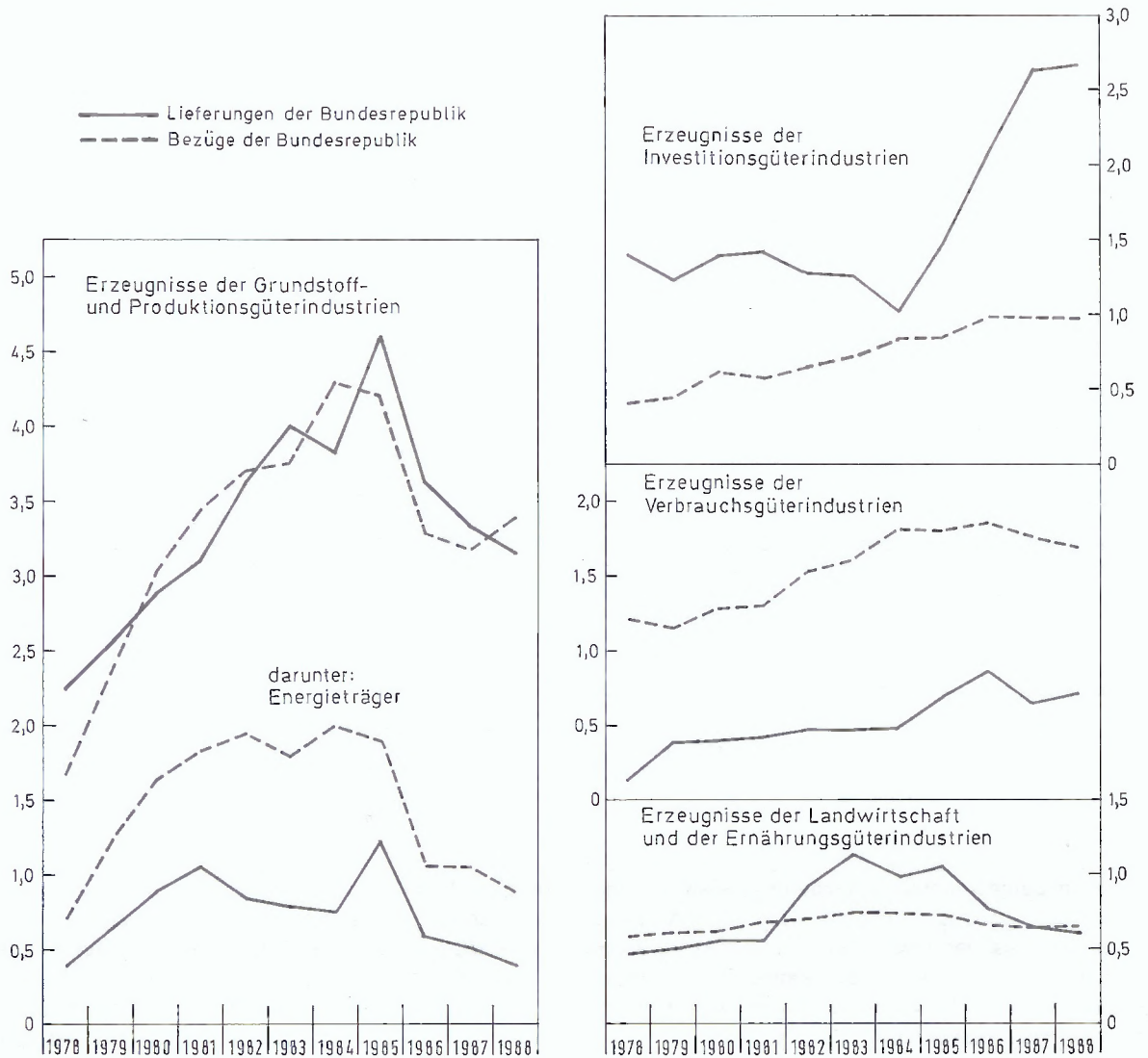
Die Warenstruktur des innerdeutschen Handels bietet nach wie vor keine günstige Voraussetzung für ein dyna-

misches Wachstum dieses Handels. Waren, bei denen die Nachfrage überdurchschnittlich expandiert, sind in den Bezügen aus der DDR nur wenig vertreten. Hingegen ist der Anteil traditioneller Waren der Grundstoff- und Produktionsgüterbereiche groß (50 bzw. 44 vH in beiden Warenströmen). Bei den Lieferungen der Bundesrepublik herrschen chemische Produkte sowie Eisen und Stahl vor; bei den Bezügen aus der DDR sind es — trotz des Preiserückgangs — nach wie vor neben chemischen Produkten und Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie die Mineralölerzeugnisse (vgl. Tabellen 3 und 4).

Allgemein zeichnet sich der innerdeutsche Handel derzeit dadurch aus, daß die DDR Überschüsse bei Verbrauchsgütern dazu benutzt, ihre Defizite bei Investitionsgütern zu finanzieren. Früher, d. h. bis 1986, konnte die

³⁾ Seit November letzten Jahres ist der Swing aus Sicht der Bundesrepublik sogar permanent negativ (im Durchschnitt Januar/Februar 1989 mit 205 Mill. DM), d.h. die Staatsbank der DDR gewährt der Bundesrepublik seither einen zinslosen Kredit. In der Geschichte des innerdeutschen Handels hat es — bei den großen Schwankungen dieses Finanzierungssaldos — zwar gelegentlich kurze Ausschläge ins Negative gegeben, jedoch nie so dauerhaft.

DER INNERDEUTSCHE WARENVERKEHR NACH ERZEUGNISHAUPTGRUPPEN IN MRD. DM



Quelle: DIW nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

DIW 89

DDR in diesem Gütertausch von den hohen Erdölpreisen profitieren. Immerhin hat sie durch die Mineralölpreiserhöhungen seit 1973 Netto-Mehrerlöse von rund 7 Mrd. DM im innerdeutschen Handel erzielt (zwölf Mrd. Mehrerlösen bei dem Verkauf stehen fünf Mrd. Mehraufwendungen für den Einkauf des verteuerten Öls gegenüber).

Die Preisentwicklung war 1988 sehr differenziert. Bei den Bezügen der Bundesrepublik glichen sich die Preis-

bewegungen weitgehend aus. Erheblichen Preissenkungen bei Mineralölprodukten standen weitaus größere Preissteigerungen bei NE-Metallen (Aluminium, Kupfer) gegenüber. Auch bei Eisen und Stahl sowie Chemieerzeugnissen gab es Preiserhöhungen. Insgesamt waren bei den Bezügen Preissteigerungen von 0,8 vH zu verzeichnen, bei den Lieferungen 2,2 vH. Hier war die Teuerungsrate mit 2,9 vH bei Grundstoffen und Produktionsgütern am größten (vgl. Tabelle 5). Wie bei den Bezügen waren NE-Metalle, chemische Produkte sowie

Tabelle 3

Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ im innerdeutschen Handel nach Warengruppen

Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	1987	1988	Veränderung gegen- über dem Vorjahr	Struktur		
				1987	1988	
	in Mill. DM			in vH		
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ²⁾	3 333	3 145	- 188	- 5,6	45,2	43,5
darunter: Bergbauliche Erzeugnisse	478	348	- 130	- 27,2	6,5	4,8
Steinkohle und Koks	194	114	- 80	- 41,1	2,6	1,6
Rohöl	262	211	- 51	- 19,5	3,6	2,9
Eisen und Stahl ³⁾	910	887	- 23	- 2,5	12,4	12,3
Erzeugnisse der Hochofenwerke	639	642	3	0,5	8,7	8,9
NE-Metalle ⁴⁾	421	436	14	3,4	5,7	6,0
Silber	118	105	- 14	- 11,5	1,6	1,4
Chemische Erzeugnisse ⁵⁾	1 326	1 267	- 59	- 4,4	18,0	17,5
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien	208	211	3	1,3	2,8	2,9
Organische Grundstoffe und Chemikalien	384	342	- 41	- 10,7	5,2	4,7
Kunststoffe und Kunststoffserzeugnisse ⁶⁾	319	261	- 58	- 18,2	4,3	3,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	2 631	2 669	39	1,5	35,7	36,9
darunter: Schienenfahrzeuge	107	71	- 37	- 34,2	1,5	1,0
Maschinenbauerzeugnisse	1 782	1 695	- 87	- 4,9	24,2	23,4
Metallbearbeitende und Prüfmaschinen	891	671	- 220	- 24,6	12,1	9,3
Anlagen für die chemische Industrie und Einrichtungen für den Bergbau	268	198	- 70	- 26,2	3,6	2,7
Papier-, Textil- und Nähmaschinen	169	225	57	33,5	2,3	3,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	378	465	87	22,9	5,1	6,4
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	647	709	62	9,6	8,8	9,8
darunter: Textilien	292	331	39	13,4	4,0	4,6
Schuhe	70	82	12	17,3	0,9	1,1
Bekleidung	75	75	0	0,0	1,0	1,0
Erzeugnisse der Landwirtschaft ⁷⁾ und des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	641	608	- 33	- 5,2	8,7	8,4
darunter: Rohe Öle	41	50	8	20,6	0,6	0,7
Ölkuchen und Schrote	241	208	- 33	- 13,8	3,3	2,9
Zucker, verarbeitetes Obst und Süßwaren	94	95	1	1,4	1,3	1,3
Kaffee	89	74	- 14	- 15,9	1,2	1,0
Alle Erzeugnisse ⁸⁾	7 367	7 234	- 133	- 1,8	100,0	100,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Einschließlich Berlin (West). — ²⁾ Einschließlich Bergbauerzeugnisse. — ³⁾ Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung. — ⁴⁾ Einschließlich deren Halbzeug. — ⁵⁾ Einschließlich Kunststoffserzeugnisse und Gummiwaren. — ⁶⁾ Einschließlich synthetischen Kautschuks. — ⁷⁾ Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei. — ⁸⁾ Einschließlich sonstiger Waren.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6.

Eisen/Stahl die Warengruppen mit den größten Preissteigerungen. Aus Sicht der DDR haben sich 1988 im Handel mit der Bundesrepublik die Terms of Trade verschlechtert.

Unbefriedigende Entwicklung schafft Handlungsbedarf

Der innerdeutsche Handel hat für die Bundesrepublik auch eine politische Funktion. Als Teil der Deutschland-

politik soll er die besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur sichtbar machen, sondern auch fördern. Diese Funktion kann er aber nur behalten, wenn er nicht weiter an Bedeutung verliert. Diese Gefahr wird indes größer.

Langfristig blieb der innerdeutsche Warenaustausch sowohl hinter der Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik als auch des Außenhandels der DDR zurück. Dieser Tatbestand wurde durch die Hochpreise für

Tabelle 4

Bezüge der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ im innerdeutschen Handel nach Warengruppen

Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	1987	1988	Veränderung gegen- über dem Vorjahr	Struktur		
				1987	1988	
	in Mill. DM			in vH		
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ²⁾	3 175	3 400	224	7,7	47,8	50,1
darunter: Mineralölerzeugnisse	906	752	- 155	- 17,1	13,6	11,1
Motorenbenzin	170	159	- 11	- 6,5	2,6	2,3
Dieselkraftstoff und Heizöl	656	490	- 166	- 25,4	9,9	7,2
Eisen und Stahl ³⁾	618	704	86	13,9	9,3	10,4
NE-Metalle ⁴⁾	409	512	103	25,2	6,1	7,5
Chemische Erzeugnisse ⁵⁾	775	956	180	23,3	11,7	14,1
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien	83	91	9	10,7	1,2	1,3
Organische Grundstoffe und Chemikalien	176	248	72	41,1	2,6	3,7
Kunststoffe und Kunststoffserzeugnisse ⁶⁾	258	310	52	20,3	3,9	4,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	981	970	- 11	- 1,1	14,8	14,3
darunter: Maschinenbauerzeugnisse	278	291	13	4,6	4,2	4,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	359	348	- 11	- 3,1	5,4	5,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	134	136	2	1,5	2,0	2,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1 768	1 690	- 78	- 4,4	26,6	24,9
darunter: Glas und Glaswaren	115	115	0	- 0,2	1,7	1,7
Holzwaren	337	333	- 4	- 1,0	5,1	4,9
Möbel	259	254	- 5	- 1,8	3,9	3,7
Textilien	495	466	- 29	- 5,9	7,5	6,9
Heim- und Haustextilien	129	120	- 10	- 7,6	1,9	1,8
Wirk- und Strickwaren	231	220	- 11	- 4,9	3,5	3,2
Bekleidung	496	463	- 33	- 6,6	7,5	6,8
Oberbekleidung ⁷⁾	306	279	- 28	- 9,0	4,6	4,1
Erzeugnisse der Landwirtschaft ⁸⁾ und des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	651	659	8	1,2	9,8	9,7
darunter: Getreide	175	186	11	6,3	2,6	2,7
Schlachtvieh ⁹⁾	164	164	0	0,1	2,5	2,4
Zucker, verarbeitetes Obst und Süßwaren	118	116	- 3	- 2,2	1,8	1,7
Alle Erzeugnisse ¹⁰⁾	6 647	6 789	142	2,1	100,0	100,0
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.						
1) Einschließlich Berlin (West). — 2) Einschließlich Bergbauerzeugnisse. — 3) Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung. — 4) Einschließlich deren Halbzeug. — 5) Einschließlich Kunststoffserzeugnisse und Gummiwaren. — 6) Einschließlich synthetischen Kautschuks. — 7) Einschließlich veredelter Rauchware und Pelzwaren. — 8) Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei. — 9) Einschließlich frischen Schweinefleischs. — 10) Einschließlich sonstiger Waren.						
Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6.						

Energieträger und Rohstoffe viele Jahre überdeckt. Nachdem aber 1986 eine gegenläufige Tendenz eingesetzt hatte, ist die Struktur- und Wachstumsschwäche vielen wieder bewußt geworden. Die DDR hat auf den Märkten der Bundesrepublik starke Einbußen hinnehmen müssen, vor allem bei den im innerdeutschen Handel wichtigen Konsumgütern, wie den Bekleidungserzeugnissen und Holzwaren (Möbel), aber auch bei chemischen Erzeugnissen. Bei Bekleidung hatte die DDR 1970 noch einen Anteil an den Importen der Bundesrepublik (einschließlich der Bezüge im innerdeutschen Handel) von 6,3 vH, im Jahre 1987 waren es nur noch 3,1 vH. Bei

Möbeln lauten die Vergleichszahlen 12 vH und 7 vH. Auch bei Chemieprodukten hatte die DDR in den letzten Jahren rückläufige Anteile hinzunehmen: Sie sanken von 2,2 vH (1980) auf 1,6 vH (1987)⁴.

⁴ Bei den Importen von Bekleidungserzeugnissen haben vor allem Südkorea und die VR China, aber auch Taiwan, Indien und Jugoslawien Zugewinne. Außerdem werden aus Hongkong inzwischen dreimal so viel Bekleidungserzeugnisse importiert wie aus der DDR. Bei Holzwaren haben seit 1970 vor allem Italien, daneben aber auch Österreich und Rumänien wesentlich höhere Importquoten in der Bundesrepublik erreicht.

Tabelle 5

Preisentwicklung im innerdeutschen Handel

	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Preisentwicklung für den Gesamthandel					
Lieferungen ¹⁾	1,1	4,4	-2,0	-10,0	-4,6	2,2
Bezüge ¹⁾	-2,3	4,9	1,5	-13,5	-6,4	0,8
Terms of Trade ²⁾	3,5	-0,5	-3,4	4,1	2,0	1,4
Index (1970 = 100)	Preisentwicklung nach Warengruppen					
Lieferungen ¹⁾	186	194	190	171	163	167
Bezüge ¹⁾	249	261	265	229	214	216
Terms of Trade ²⁾	75	74	72	75	76	77
Index der Lieferungen¹⁾ (1970 = 100)						
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	186	191	188	154	140	145
Investitionsgüterindustrien	204	200	207	212	216	221
Verbrauchsgüterindustrien	150	157	155	148	145	148
Landwirtschaft und der Ernährungsgüterindustrien	174	203	181	158	141	139
Index der Bezüge¹⁾ (1970 = 100)						
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	350	373	382	281	250	251
Investitionsgüterindustrien	154	155	158	155	152	155
Verbrauchsgüterindustrien	172	178	182	184	182	182
Landwirtschaft und der Ernährungsgüterindustrien	151	157	147	135	129	131
¹⁾ Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). — ²⁾ Ausführpreise : Einfuhrpreise × 100. <i>Quellen:</i> Berechnungen des DIW nach Angaben in: Statistisches Bundesamt: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6; Preise und Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Fachserie 17, Reihe 8; Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Fachserie 17, Reihe 2.						

Ein Hindernis für die Ausweitung des innerdeutschen Handels bildete oft auch die Bezugspolitik der Bundesrepublik, z.B. im Agrarbereich. Hier wurde rigide kontingiert⁵. Während die Bezüge von landwirtschaftlichen Produkten und Ernährungsgütern seit Mitte der siebziger Jahre stagnieren, sind die Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR auf diesem Sektor seither auf etwa das Doppelte gestiegen. Konnte die DDR hier früher Überschüsse erzielen, so ist sie seit Anfang der 80er Jahre auch bei diesen Erzeugnissen ins Defizit geraten (vgl. Schaubild).

Die langfristigen Probleme werden von den kurzfristigen Ergebnissen unterstrichen. 1988 ist es der DDR nicht gelungen, an der günstigen Nachfrageentwicklung und den gestiegenen Importen der Bundesrepublik (insgesamt um 7 vH) entsprechend teilzuhaben. Kein gutes Zeichen für die zu erwartende Entwicklung des Handels mit der Bundesrepublik ist auch die Tatsache, daß sich die DDR derzeit in einer Phase abgeschwächten wirtschaftlichen Wachstums befindet und deshalb noch mehr Schwierigkeiten bei der — ohnehin nicht leichten — Warenbereitstellung für ihren „Westexport“ bekommen wird⁶. Der Außenhandelsplan ist 1988 nicht erfüllt worden, gleiches ist für 1989 zu erwarten. Von der DDR werden derzeit die Notwendigkeit eines hohen Exports

und die Steigerung der Exportrentabilität besonders betont und die zu erfüllenden Erfordernisse einer erfolgreichen Ausfuhrpolitik offen diskutiert: höhere Qualität, bester Service, Vertragstreue, Kontinuität in den Lieferströmen⁷. Es wird darauf hingewiesen, daß die Warenstruktur im Handel mit der Bundesrepublik „noch immer einer wesentlichen qualitativen Verbesserung bedarf. Hier ist die Exportindustrie der DDR sicher in erster Linie stark gefordert, wie auf den Beratungen und in den Beschlüssen entsprechender Gremien der politischen Führung der DDR deutlich festgelegt wurde“⁸. Diese Defizite werden von westlicher Seite bestätigt: „Klagen un-

⁵ Vgl. Horst Lambrecht: Bezugsbereitschaft im Innerdeutschen Handel erhöhen. In: Industrie- und Handelsrevue, Nr. 1, März 1987, S. 26.

⁶ Vgl.: DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1988. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 30/1988; sowie: Die Lage der DDR zur Jahreswende 1988/89. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 5/1989.

⁷ Vgl. Karl-Heinz Arnold: Export ist und bleibt für uns eine Lebensfrage. DDR-Außenhandel 1989 vor neuer Bewährungsprobe. In: Berliner Zeitung vom 15. Februar 1989, S. 3 f.

⁸ Vgl. Jürgen Nitz: Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD, Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10/89, vom 3. März 1989, S. 11.

seres Handels über Lieferpünktlichkeit, Lieferausfälle, schlechte Qualität, geringe Anpassung an Marktveränderungen usw. nehmen zu"⁹.

Die Probleme, unter denen der innerdeutsche Handel seit eh und je leidet, sind kurzfristig nicht zu lösen; Liefer-schwächen der DDR und ein mangelndes Marketing werden die Expansionsmöglichkeiten des deutsch-deutschen Güteraustausches weiterhin einschränken. Für die nähere Zukunft sind Wachstumsimpulse für den innerdeutschen Warenverkehr also bestenfalls bei den Lieferungen der Bundesrepublik möglich.

Zu einer dazu notwendigen Politik kreditfinanzierter Importe ist die DDR jedoch derzeit nicht bereit, im Gegenteil: Stellungnahmen aus der DDR deuten darauf hin, daß an der Konsolidierungspolitik im Westhandel festgehalten werden soll¹⁰. Erst kürzlich erklärte Außenhandelsminister Beil, daß die DDR nicht die Absicht habe, die Kredite im Westen zu erhöhen, um die Importe zu vergrößern^{11,12}. Dabei dulden die drückenden Produktivitätsdefizite gegenüber hochentwickelten Volkswirtschaften des Westens und die enormen Umweltbelastungen in der DDR keinen Aufschub bei der Neuausrichtung der Importpolitik, zumal die restriktive Investitionspolitik und die unterlassenen Technologieimporte in den letzten Jahren schon große Lücken hinterlassen haben.

Nach dem Honecker-Besuch (1987) sind — trotz derzeitiger Irritationen — die politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten günstiger denn je, nicht zuletzt für eine Politik kreditfinanzierter Importe der DDR. Der neue Fünfjahrplan (1991 bis 1995) könnte Anlaß sein, eine Neuorientierung in ihrer Westhandelspolitik einzuleiten¹³.

Betätigungsfelder für die Aktivierung des wirtschaftlichen Leistungsaustausches zwischen beiden deutschen Volkswirtschaften sind durchaus vorhanden. Erinnert sei an die als „Sonderprogramm für Umweltschutz und Modernisierung“ ins Gespräch gebrachten Förderungsmaßnahmen für den innerdeutschen Handel. Sie bergen ein Milliardenpotential und könnten sowohl ein Entschwefelungsprogramm für die Großkraftwerke auf Braunkohlebasis sein, als auch ein Modernisierungsprogramm mit integriertem Umweltschutz für viele mittlere und kleinere Betriebe. Dazu wurden auch verschiedene Vorschläge zur Finanzierung gemacht¹⁴.

Es ist endlich an der Zeit, die bereits im Grundlagenvertrag von 1972 erwähnte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu beginnen. Bisher ist das Programm zur Zusammenarbeit „in wichtigen Teilen noch gar nicht in Angriff genommen“, so u.a. beim Thema Umwelt¹⁵. Aus dem Bundesministerium für Wirtschaft ist hierzu folgendes zu lesen: „Ein besonderer Schwerpunkt der technologischen Zusammenarbeit sollte — angesichts der objektiven Notwendigkeiten in der DDR, aber auch z.T. unserer Interessenlage — das Gebiet Energie/Umwelt sein. Die Bundesregierung hat hier be-

achtliche Incentives durch zinsgünstige Kredite bzw. finanzielle Zuschüsse bei Vorhaben mit Demonstrationscharakter angeboten, bislang noch ohne konkrete Resonanz durch die DDR“¹⁶.

In der letzten Zeit gab es einige positive Entwicklungen, z.B. das Air-Bus-Geschäft, den Vertrag über den Stromverbund Bundesgebiet-DDR-Berlin (West) sowie diverse Gestattungsproduktionen. Das Großprojekt Eisenbahn Hannover-Berlin, über das seit September 1988 verhandelt wird, ist eines jener Vorhaben, von dem auch der innerdeutsche Handel kräftig partizipieren könnte, wenn es, wie seinerzeit hier vorgeschlagen, mit dem Umweltprogramm materiell und finanziell gekoppelt würde. Gewiß wird die Bereitschaft für derartige politisch-ökonomische Tauschgeschäfte auf Seiten der Bundesrepublik in Zukunft von dem Erfolg solcher Verknüpfung entscheidend abhängig sein¹⁷.

Innerdeutscher Handel und EG-Binnenmarkt 1992

Unwägbarkeiten für die künftige Entwicklung des innerdeutschen Handels werden zuweilen darin gesehen, daß der vorgesehene Binnenmarkt der Europäischen Ge-

⁹ Vgl. z.B. Fritz Homann: Innerdeutscher Handel und EG-Binnenmarkt. In: Deutschland Archiv, Heft 3/1989, S. 301-308, hier S. 302.

¹⁰ Vgl. hierzu Christine Kulke-Fiedler/Jürgen Nitz: Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und ihre Finanzierung aus der Sicht der DDR. In: Hanns-D. Jacobsen, Heinrich Machowski und Dirk Sager (Hrsg.): Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988, Band 268, S. 385.

¹¹ Siehe Financial Times vom 2. November 1988, S. 6.

¹² In der Direktive zum Fünfjahrplan 1986 bis 1990 war als Ziel im Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern ein „bedeutender Exportüberschuß“ genannt; dies sei erforderlich, um die „ökonomische Unangreifbarkeit der DDR weiter zu festigen“. (Vgl. Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Dietz Verlag 1986, S. 20). Zwar fehlen diese Passagen im Gesetz über den Fünfjahrplan, in der Vergangenheit zeigte sich, daß diese Marschrichtung strikt eingehalten wurde.

¹³ Vgl. Horst Lambrecht: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10/89, vom 3. März 1989, S. 19 und S. 26 ff.

¹⁴ Vgl. Horst Lambrecht/Cord Schwartau: Ein Milliardenpotential. In: Wirtschaftswoche, Nr. 17/1987, S. 82-89. — Dieselben: Förderung des Innerdeutschen Handels durch Sonderprogramme, „Umweltschutz und Modernisierung“. In: Deutschland Archiv (1987), Heft 6, S. 600-608.

¹⁵ So der kürzlich aus dem Amt geschiedene Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Staatssekretär Bräutigam, in einer Bilanz anläßlich seiner sechseinhalbjährigen Tätigkeit. Vgl. Der Tagesspiegel vom 20. Dezember 1988, S. 1.

¹⁶ Vgl. Fritz Homann: Innerdeutscher Handel ..., a.a.O., S. 303.

¹⁷ Vgl. Horst Lambrecht: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ..., a.a.O., S. 25.

meinschaft Auswirkungen auf diesen Güteraustausch haben könnte. Einmal aus wirtschaftlichen Gründen und zum anderen wegen des Sonderstatus des innerdeutschen Handels.

Aus wirtschaftlicher Sicht gilt für die Anbieter aus den RGW-Ländern, ebenso wie aus allen anderen Drittländern, daß sich die Wettbewerbslage auf dem EG-Binnenmarkt nach 1992 verschärfen wird. Jedoch wird vom Abbau von Handelsschranken und von Schranken für den Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr eine erhebliche Nachfragesteigerung innerhalb der EG erwartet, an der auch Drittländer teilhaben können. Auch für die DDR wird es erforderlich sein, sich an die neuen Wettbewerbsbedingungen anzupassen¹⁸.

Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels ist aus rechtlicher Sicht durch den Binnenmarkt nicht gefährdet. Er ist im „Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen“ grundsätzlich festgelegt. Dieses Protokoll bietet, wie die Vergangenheit zeigt, ein praktikables Instrument für den Interessenausgleich zwischen den Beteiligten.

*Protokoll über den innerdeutschen Handel
und die damit zusammenhängenden Fragen*

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —
UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der zur Zeit infolge
der Teilung Deutschlands gegebenen Verhältnisse —
SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGE-
KOMMEN, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt
sind:

- (1) Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.
- (2) Jeder Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über die Abkommen, die den Handelsverkehr mit den außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gelegenen deutschen Gebieten betreffen, sowie über die zu ihrer Ausführung ergehenden Vorschriften. Er achtet darauf, daß diese Ausführung nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen des Gemeinsamen Marktes steht, und trifft insbesondere geeignete Vorkehrungen, um Schädigungen innerhalb der Volkswirtschaft der anderen Mitgliedstaaten zu vermeiden.
- (3) Jeder Mitgliedstaat kann geeignete Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß sich für ihn aus dem Handel eines anderen Mitgliedstaates mit den innerdeutschen Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten ergeben.

GESCHEHEN zu Rom am fünfundzwanzigsten März
neunzehnhundertsiebenundfünfzig¹⁹.

Mit ihm ist nicht nur der Sonderstatus des innerdeutschen Handels (als Primärrecht in den Römischen Verträgen) festgeschrieben, sondern es sind mit den Absätzen (2) und (3) die Interessen der Partnerländer der Gemeinschaft berücksichtigt, einmal durch die Festlegung der Bundesregierung, Rücksicht auf die EG-Partner zu nehmen, und zum anderen durch die Tatsache, daß die Mitgliedstaaten ermächtigt sind, Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn sie befürchten, daß sich aus dem innerdeutschen Handel Schäden für ihre Wirtschaft ergeben.

Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels wird auch politisch inhaltlich voll mitgetragen, weil die Partnerstaaten der Gemeinschaft die „besondere Lage in Deutschland“ anerkennen. Sie sind überdies bereit, die Grundsätze des Verfassungsverständnisses in der Bundesrepublik zu respektieren, wonach die DDR nicht Ausland und demzufolge der Handel mit ihr kein Außenhandel ist und die innerdeutsche Grenze keine Zollgrenze darstellt.

Die Bundesregierungen haben seit Gründung der EWG alles Erdenkliche getan, die Interessen, Bedenken und Besorgnisse der EG-Partner hinsichtlich nachteiliger Einflüsse zu berücksichtigen. Sie sind dabei soweit gegangen, sich dem Vorwurf auszusetzen, EG-Treue vor deutschlandpolitischen Interessen zu stellen²⁰. Die dabei eingesetzten handelspolitischen Instrumente sind vielfältiger Art (Kontingente, Preisprüfungsverfahren, Drittlandwarenverbot usw.). Es ist zwar nicht zu übersehen, daß die Kontingentierungspraxis im innerdeutschen Handel auch und nicht zuletzt an den Interessen der westdeutschen Hersteller orientiert ist, gleichwohl werden dabei auch immer die Interessen der Partnerländer der Gemeinschaft beachtet. Daß die Kontrollmechanismen dieses Handels voll funktionieren und deshalb Interessengefährdungen der Volkswirtschaften der EG-Partnerländer ausgeschlossen werden können, hat sich bisher auch in der Kontingentierungspraxis erwiesen.

Die übrigen EG-Länder haben z.T. von der Ziffer (3) des Protokolls Gebrauch gemacht, z.B. lassen die Beneluxstaaten und Frankreich seit einiger Zeit keine Einfuhren von im innerdeutschen Handel bezogenen Waren zu. Es ist damit zu rechnen, daß es im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt erneute Diskussionen geben wird, z.B. wegen der Befürchtung, mit dem Wegfall der Binnen Grenzen könne über den innerdeutschen Handel wegen der Präferenzen für Bezüge aus der DDR (keine Einfuhrumsatzsteuer, keine Zölle) eine Umleitung des Westhan-

¹⁸ Vgl. Hanns-D. Jacobsen/Heinrich Machowski: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten — Sonderstatus und Bedeutung. In: Europäische Rundschau 1988, Heft 4, S. 42 ff.

¹⁹ Vgl. Die Verträge von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Stuttgart, 1957, S. 210 f.

²⁰ Vgl. Horst Lambrecht: Bezugsbereitschaft im Innerdeutschen ..., a.a.O., S. 26.

dels der DDR stattfinden und eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Wirtschaft in den anderen Mitgliedstaaten eintreten. Bei den Diskussionen darf man aber die ökonomische Dimension dieses Handels nicht aus den Augen verlieren. Rund 50 vH des Exportgeschäfts der Bundesrepublik werden mit den EG-Partnern abgewickelt; der innerdeutsche Handel — gemessen am Außenhandel der Bundesrepublik — macht dagegen weniger als 1,5 vH aus. Gegenwärtig wird nur ein geringer Bruchteil (50 Mill. DM oder 0,8 vH der Bezüge aus der DDR) in die übrigen EG-Länder weiterverkauft. Diese Begrenzung hängt mit der Warenstruktur zusammen:

- Die Hälfte der aus der DDR bezogenen Güter sind Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (Mineralölherzeugnisse, Braunkohle, Massestähle, chemische Grundprodukte u.a.m.), ein Reexport entfällt hier schon wegen der Transportkosten.
- Eine Reihe von Produkten ist für Berlin (West) bestimmt (rund ein Viertel der Bezüge). Sie sind entweder direkt mit „Verbleibsauflagen“ (Berlinkontingente) belegt oder — wie Baustoffe — aus wirtschaftlichen Gründen (Transportkosten) für den Weitervertrieb ungeeignet.

Alle EG-Länder zusammengenommen importieren aus der DDR ein Viertel des Wertes der Bezüge der Bundesrepublik. Es handelt sich also insgesamt überall nur um minimale Größen.

Hinzu kommt, daß die Möglichkeiten, den Westhandel der DDR über den innerdeutschen Handel umzuleiten, auch aus anderen Gründen sehr begrenzt sind: Der Güteraustausch mit der Bundesrepublik und auch der Handel mit den anderen EG-Ländern werden von der DDR grundsätzlich bilateral abgewickelt, die Höhe der Importe wird längerfristig an den Exporten ausgerichtet. Im Extremfall würden alle für das „kapitalistische Ausland“ bestimmten Waren über die Bundesrepublik geschleust, es gäbe keinen Export der DDR z.B. nach Frankreich und damit auch keine Importe von dort; denn die Einnahmen der DDR in Form von Verrechnungseinheiten (VE) kann sie nicht zur Bezahlung von Importen aus Frankreich verwenden.

Eine Umleitung auch der Warenströme von West nach Ost über den innerdeutschen Handel ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil es bei den Lieferungen in die DDR keine Präferenzen gibt — im Gegenteil: Die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Gütern, die für die DDR bestimmt sind — Besteuerung der Lieferungen in die DDR, Steuerfreiheit der Exporte in die übrigen EG-Länder — bringt den westdeutschen Lieferanten Wettbewerbsnachteile und wirkt damit tendenziell gegen ein Vordringen des innerdeutschen Handels im Rahmen des Westhandels der DDR. Die unterschiedliche fiskalische Behandlung der Agrarprodukte wirkt in die gleiche Richtung: Während für Erzeugnisse aus der Bundesrepublik im Rahmen des innerdeutschen Handels keine Ausfuhr-

erstattungen gewährt werden, ist dies bei den Exporten der übrigen EG-Länder die Norm.

Die Handelsumleitung ist also keine realistische Vorstellung. Die EG-Partner werden ihre Exportinteressen gegenüber der DDR behaupten, die DDR wird ihrerseits darauf bedacht sein, in ihrem Westhandel nicht in eine einseitige Abhängigkeit zu geraten, d.h. ihren Westhandel regional möglichst zu diversifizieren²¹. Da die DDR überdies ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung des Status des innerdeutschen Handels haben muß, wird sie sicher bemüht sein, nichts zu tun oder zuzulassen, was diesen Status gefährden könnte.

In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, daß sich mit der Annäherung von EG und RGW auch das handelspolitische Verhältnis der DDR zur EG zu normalisieren beginnt. Die DDR hat seit Anfang März formell diplomatische Beziehungen mit der EG. Darüber hinaus haben bisher mehrere Sondierungsgespräche über ein Handelsabkommen EG — DDR stattgefunden. EG-Kommission und DDR-Regierung gehen davon aus, daß das System des innerdeutschen Handels im Sinne des Protokolls im Anhang des EWG-Vertrages nicht berührt wird. Nach Abschluß des EG-DDR-Handelsabkommens — die EG-Kommission wird hierfür dem Ministerrat einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat vorlegen — dürfte sich auch die Einstellung der EG-Partner zum deutsch-deutschen Handel „normalisieren“.

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie an dem seit Jahrzehnten bestehenden System des innerdeutschen Handels festhalten wird — auch bei Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes. Der Bundeskanzler hat dazu in dem „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ am 1. Dezember 1988 vor dem Bundestag klargestellt, „daß sich nichts am System des innerdeutschen Handels ändern wird“²².

Trotz der eindeutigen Festschreibung des Sonderstatus des innerdeutschen Handels im Protokoll und der geschilderten Interessenlage wird die Vollendung des Binnenmarktes nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen bleiben. Hieraus müssen Schlußfolgerungen gezogen werden. Um die Besorgnisse der EG-Partner auch weiterhin zu berücksichtigen, kann die Bundesregierung verschiedene Instrumente einsetzen. In Frage kommen regionale Verwendungsbeschränkungen, Verbleibsauflagen, eine umfassendere Überwachung bei der Umsatzsteuer-Sonderre-

²¹ Vgl. hierzu Jürgen Nitz: Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD..., a.a.O., S. 13: „Die DDR ist dabei darauf orientiert, keine einseitigen Abhängigkeiten zuzulassen, die die andere Seite zu Erpressungen und Pressionen gegen die DDR zu nutzen imstande wäre“.

²² Vgl. Bulletin, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, vom 2. Dezember 1988, Nr. 169, S. 1506.

gelung und der Zollbefreiung. Eine besondere Kennzeichnungspflicht für DDR-Produkte ist dagegen sicherlich schädlich, weil sie zu einer Diskriminierung dieser Erzeugnisse führen könnte. Ihre generelle Freiverkehrsfähigkeit sollte nur bei wirklich sensiblen Produkten und von Fall zu Fall eingeschränkt werden. Der Einsatz schon vor-

handener Instrumente wie der Kontingentierung eignet sich außerdem als Mittel, die Interessen der Partnerländer zu wahren. Die Lösung kann letztendlich nur in einer strikten Anwendung von Absatz (2) des Protokolls über den innerdeutschen Handel durch die Bundesregierung bestehen.

Schulische Bildung und berufliche Qualifikation von Frauen und Männern

In der Bundesrepublik Deutschland wurde — gemessen an allgemeinbildenden und beruflichen Abschlüssen — ein hohes Bildungsniveau erreicht. Bei der älteren Bevölkerung zeigt sich jedoch deutlich, daß Frauen früher viel seltener als Männer allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen besucht hatten. In den letzten dreißig Jahren holten die Frauen im Verlauf der Bildungsexpansion weitgehend auf. Sie verbesserten ihre Position zunächst an den allgemeinbildenden Schulen, sodann an den beruflichen Schulen und auch an den Hochschulen, jedoch besteht an den Hochschulen noch ein Rückstand. An allgemeinbildenden Schulen erreichten sie häufiger als die Männer einen höheren Abschluß; doch erzielten mehr Männer als Frauen die Hochschulreife an beruflichen Schulen. Mitte der achtziger Jahre unterschieden sich Männer- und Frauenanteil kaum bei den Abschlüssen, die an beruflichen Schulen — einschließlich des Lehrabschlusses — abgelegt werden. Gemessen am Bevölkerungsanteil übertrafen die Frauen die Männer knapp.

Untersucht wurde, welche allgemeinbildenden und beruflichen Abschlüsse Männer und Frauen erreichten, welche Schulen von ihnen besucht wurden, welche Veränderungen sich bei Bildungsbeteiligung, Schulbesuch und Abschluß ergaben und in welchen Bereichen die Frauen ihre Position im Vergleich zu den Männern verbessern konnten¹. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Schularten. Ergebnisse, die den Hochschulbereich betreffen, wurden nur zur Ergänzung herangezogen.

Bildungsstand der Bevölkerung

Von der Wohnbevölkerung im Alter von mindestens 15 Jahren hatten 1987 nach eigenen Angaben 95 vH einen allgemeinbildenden und 60 vH einen beruflichen Bildungsabschluß². Während der Anteil der Personen mit allgemeinbildenden Abschlüssen bei Männern und Frauen gleich groß war, erreichten einen beruflichen Abschluß 71 vH bei der männlichen Bevölkerung, aber nur 50 vH der weiblichen.

Deutliche Unterschiede sind auch bei einem Vergleich nach Abschlußart und -niveau zu erkennen. Beim Volks- und Hauptschulabschluß verfügten die Frauen mit 65 zu 62 vH und beim mittleren Abschluß mit 20 zu 16 vH über die höheren Anteile. Die Männer dagegen erlangten mit 16 zu 10 vH häufiger die Hochschulreife.

Ein Vergleich der 20- bis unter 25jährigen mit den 60- bis unter 65jährigen läßt sowohl die Bildungsexpansion als auch den Aufholprozeß der Frauen erkennen. Von den Älteren hatten 78 vH höchstens einen Volks- und Hauptschulabschluß, von den Jüngeren nur noch 42 vH. Von den 20- bis unter 25jährigen haben jüngere Frauen mittlerweile bessere allgemeinbildende Abschlüsse als jüngere Männer. Sie erlangten einen großen Vorsprung beim mittleren Abschluß (25 zu 37 vH) und fast einen Gleich-

stand bei der Hochschulreife. Die Männer dagegen absolvierten weitaus häufiger nur die Hauptschulen.

Bei den beruflichen Abschlüssen in der Gliederung nach Lehr-, Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulabschluß zeigt sich, daß bei allen Abschlußarten von der Bevölkerung anteilig weniger Frauen als Männer eine Berufsausbildung erfolgreich beendeten. Unter den Abschlüssen hat die Lehre mit Abstand das größte Gewicht. Vergleicht man die ältere mit der jüngeren Bevölkerung, so zeigt sich, daß der Anteil der Männer mit Lehrabschluß in den Altersgruppen wenig variiert. Dagegen haben jüngere Frauen nicht nur im Vergleich mit den älteren weit häufiger Lehrabschlüsse, sondern kommen mit 57 vH dem Anteil der Männer von 60 vH in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre sehr nahe. Betrachtet man die Altersgruppe der 30- bis unter 40jährigen, in der auch die Ausbildung an den Hochschulen abgeschlossen ist, so bleibt bei den höheren beruflichen Abschlüssen ein Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen erhalten: Der Abstand bei den Fachschul- und Fachhochschulabschlüssen ist weiterhin groß, geringer ist er bei den Abschlüssen der Hochschulen. Insgesamt hatten zwar mit 27 zu 15 vH auch bei den 30- bis unter 40jährigen immer noch mehr Frauen als Männer überhaupt keinen beruflichen Ausbildungsabschluß, im Vergleich zu der Gruppe der Älteren stieg bei den Frauen jedoch die Zahl der Abschlüsse deutlicher (28 zu 7 vH-Punkte).

¹ Vgl. beispielsweise zum Bildungsstand der Frauen bis 1984: Immer mehr Frauen im Beruf. Zur längerfristigen Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen. Bearb.: Stefan Jäckel und Ellen Kirner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1987; sowie zum Bildungsstand 1985: H. Palamidis und H. Vorholt: Bildung. In: H.-J. Krupp und J. Schupp, Lebenslagen im Wandel: Daten 1987, Frankfurt 1988, S. 186 ff.

² Ausgewertet werden die Ergebnisse des Mikrozensus der Bevölkerung von 15 Jahren an. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89, Bonn 1988, S. 286 ff.

**Bevölkerung nach allgemeinbildendem und beruflichem Bildungsabschluß
in ausgewählten Altersgruppen und nach Geschlecht 1987**
in vH der gleichaltrigen Bevölkerung

Alter von ... bis unter ... Jahren	(noch) ohne Schulabschluß	Allgemeinbildender Schulabschluß			Bevölkerung	(noch) ohne berufl. Abschluß	Beruflicher Ausbildungsabschluß			
		Volks- und Hauptschul- abschluß	Mittlerer Abschluß ¹⁾	Fachhoch- u. Hochschul- reife			Lehre, Be- rufsfach- schule ²⁾	Fach- schule ³⁾	Fach- hoch- schule ⁴⁾	Hoch- schule ⁵⁾
15 Jahre und älter										
Männer	5,1	62,4	16,1	16,4	100	28,6	53,5	8,2	3,8	5,8
Frauen	5,1	64,9	20,2	9,8	100	49,5	44,0	2,2	1,2	3,1
Insgesamt	5,1	63,7	18,2	13,0	100	39,6	48,5	5,0	2,4	4,4
20 – 25 Jahre										
Männer	2,7	47,7	25,0	24,6	100	37,2	60,0	1,6	0,7	0,3
Frauen	2,5	36,6	36,7	24,2	100	39,6	56,8	2,0	1,0	0,6
Insgesamt	2,6	42,3	30,7	24,4	100	38,4	58,5	1,8	0,8	0,5
30 – 40 Jahre										
Männer	0,6	57,5	17,0	24,8	100	15,0	56,1	10,9	6,5	11,5
Frauen	1,2	60,1	23,1	15,6	100	27,4	58,5	3,6	2,4	8,1
Insgesamt	0,9	58,5	20,1	20,2	100	21,1	57,3	7,3	4,5	9,8
60 – 65 Jahre										
Männer	1,2	75,3	11,5	12,0	100	22,3	58,9	9,9	3,7	5,2
Frauen	1,8	79,8	13,2	5,3	100	55,4	40,3	1,8	0,7	1,8
Insgesamt	1,5	77,9	12,5	8,1	100	41,6	48,2	4,9	2,0	3,3

¹⁾ Oder gleichwertiger Abschluß. — ²⁾ Einschließlich Anlernausbildung. — ³⁾ Einschließlich Meister- und Technikerabschluß. — ⁴⁾ Einschließlich Ingenieurabschluß. — ⁵⁾ Einschließlich Lehrerausbildung.

Quelle: Zusammengestellt nach Mikrozensus aus: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89.

Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen³

Vor allem der zunehmende Übergang zu den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, aber auch die Verlängerung der Schulzeit an den Hauptschulen haben dazu geführt, daß sich von den Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren 1986 noch rund 83 vH in den

Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen¹⁾
in vH

Alter von ... bis unter ... Jahren	1960	1970	1980	1986
	Insgesamt			
15 – 20	56,1	69,0	81,4	83,4
20 – 25	6,8	11,3	20,0	25,1
25 – 40	1,0	1,7	3,9	5,7
	Männer			
15 – 20	60,0	73,1	83,6	85,4
20 – 25	9,4	15,2	22,0	26,5
25 – 40	1,7	1,9	5,4	7,4
	Frauen			
15 – 20	52,4	64,7	79,4	81,5
20 – 25	5,0	7,3	17,8	23,7
25 – 40	0,2	1,4	2,4	3,9

¹⁾ In Anteilen an der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und eigene Berechnungen.

Schulen befanden. 1960 betrug der Anteil dagegen nur 56 vH. Zwar sind die Ergebnisse der Bildungsbeteiligung infolge des Geburtenrückgangs, der zu einer unterschiedlichen Gewichtung einzelner Jahrgänge führt, nicht voll vergleichbar, doch werden die vH-Abstände zwischen Männern und Frauen davon wenig berührt⁴. In dieser Zeit hat sich der Abstand zwischen den geschlechtsspezifischen Quoten halbiert: 1960 befanden sich nur 52 vH der Frauen, aber 60 vH der Männer in den Schulen, 1986 betrugen die entsprechenden Anteile 81 vH bei der weiblichen und 85 vH bei der männlichen Bevölkerung.

Der verstärkte Erwerb der Hochschulreife und die erhöhte Zahl älterer Personen in der Berufsausbildung schufen die Basis für die steile Zunahme der Bildungsbeteiligung in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre. So nahm die Bildungsbeteiligung bei den Männern von rund 9 auf 26 vH zu, bei den Frauen von 5 auf 24 vH. Deutlich zurück liegen die Frauen in der zusammengefaßten Altersgruppe von 25 bis unter 40 Jahren.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeines Schulwesen, Reihe 1; Berufliches Schulwesen, Reihe 2 und Studenten an Hochschulen, Reihe 4.1; Fachserie 11, lfd. Jahrgänge; ferner Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten, a.a.O. Nicht enthalten in den Berechnungen sind Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die bei Verbänden, Kammern und in Betrieben durchgeführt werden.

⁴ Vgl. Bildungsbeteiligung stieg weiter. Tendenz zur Stabilisierung auf hohem Niveau? Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1988.

Schüler nach ausgewählten Schularten und Geschlecht sowie Studenten nach Geschlecht
in 1000 Personen und in vH

	Insgesamt				Männer				Frauen			
	1960	1970	1980	1987	1960	1970	1980	1987	1960	1970	1980	1987
	in 1000											
Allgemeinbildende Schulen ¹⁾	3547	5037	6338	4387	1859	2637	3243	2248	1688	2400	3095	2139
Berufliche Schulen	1932	2074	2674	2618	1049	1170	1472	1390	883	904	1202	1228
Hochschulen	291	510	1044	1419	221	380	661	880	70	130	383	539
Alle Schüler und Studenten	5770	7621	10056	8424	3129	4187	5376	4518	2641	3434	4680	3906
	Frauenanteil in vH				Struktur in vH							
Allgemeinbildende Schulen ¹⁾	47,6	47,6	48,8	48,8	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon												
Hauptschulen ²⁾	50,2	49,1	46,3	46,1	56,9	45,8	37,6	32,5	63,1	48,6	34,0	29,3
Sonderschulen	42,9	40,4	39,3	38,6	4,1	7,3	6,6	6,9	3,4	5,4	4,5	4,6
Realschulen ³⁾	51,7	52,5	53,5	52,7	11,2	15,7	19,5	19,5	13,3	19,1	23,5	22,8
Gesamtschulen ⁴⁾	—	47,9	48,3	47,3	—	1,4	3,3	5,2	—	1,5	3,2	5,0
Gymnasien ⁵⁾	39,8	43,7	50,2	50,5	27,8	29,8	33,0	35,8	20,3	25,4	34,8	38,4
Berufliche Schulen	45,7	43,6	45,0	46,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon												
Berufsschulen ⁶⁾	44,0	42,0	39,9	43,0	88,7	79,3	80,4	77,3	82,9	74,3	65,4	66,0
davon												
Auszubildende	35,9	35,2	38,2	42,1	77,3	70,3	72,0	72,4	51,5	49,4	54,5	59,6
sonstige Berufsschüler ⁶⁾	70,0	68,0	51,4	53,4	11,3	9,1	8,4	4,9	31,4	24,9	10,9	6,4
Berufsfach-, Kollegschen	69,0	61,7	66,8	63,5	3,7	6,0	7,9	9,4	9,9	12,5	19,6	18,6
Fachschulen	25,5	35,1	38,8	33,7	7,2	7,3	3,5	4,7	2,9	5,1	2,7	2,7
Fach-, Berufsakademien	—	—	80,0	80,0	—	—	0,1	0,1	—	—	0,7	0,7
Schulen des Gesundheitsw.	90,5	88,5	85,6	86,4	0,4	0,6	1,0	1,1	4,3	6,0	6,9	7,7
Berufsaufbauschulen	—	17,5	31,8	30,0	—	2,8	1,0	0,5	—	0,8	0,6	0,2
Fachobersch., Fachgymn. ⁷⁾	—	20,3	36,2	34,9	—	4,0	6,0	6,8	—	1,3	4,2	4,2

¹⁾ Ohne Grundschulen und Klassenstufen 1–4 der integrierten Gesamtschulen und freien Waldorfschulen. — ²⁾ Einschließlich schulartunabhängige Orientierungsstufe und Abendhauptschulen. — ³⁾ Einschließlich Abendrealschulen. — ⁴⁾ Integrierte Gesamtschulen und freie Waldorfschulen. — ⁵⁾ Einschließlich Abendgymnasien und Kollegs. — ⁶⁾ Einschließlich Berufsvorbereitungs-, Berufsgrundbildungsjahr und Berufssonderschulen, mithelfende Familienangehörige und arbeitslose Jugendliche. — ⁷⁾ Einschließlich Berufsob- und technische Oberschulen.

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89 und eigene Berechnungen.

Schulbesuch

Die Grundschulen ausgenommen, befanden sich 1960 5,8 Mill. Schüler und Studenten an den Schulen und Hochschulen, 1987 waren es 8,4 Mill.⁵ Zunehmende Bildungsbeteiligung und das Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge erhöhten die Gesamtzahl bis in die erste Hälfte der achtziger Jahre auf rund 10 Mill., seitdem fällt sie wieder. An den Hauptschulen trat der Wendepunkt schon Anfang der siebziger Jahre ein. Auch an den Realschulen und Gymnasien nahm in den achtziger Jahren die Zahl der Schüler ab. Der Bestand aber war zuletzt noch doppelt so hoch wie 1960. An den beruflichen Schulen war die Expansion erheblich schwächer als an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, doch verringerte sich bisher die 1980 erreichte Schülerzahl nur wenig. Bis in die Gegenwart ungebrochen verlief dagegen die Entwicklung an den Hochschulen. Die Zahl der Studenten stieg ständig.

Von allen Schülern und Studenten waren in den achtziger Jahren rund 47 vH Frauen, 1960 war der Anteil fast ebenso hoch (46 vH). Obwohl es im Alter von 10 bis 25 Jahren mehr männliche als weibliche Personen gibt, sind die Frauen mit diesen vH-Anteilen unterrepräsentiert. Relativer Gleichstand wäre mit der Relation Männer zu Frauen von rund 51,5 zu 48,5 gegeben. Dieser Anteil wird von den Schülerinnen der allgemeinbildenden Schulen erreicht, nicht von denen der beruflichen Schulen.

Die insgesamt geringen geschlechtsspezifischen Anteilsverschiebungen seit 1960 besagen jedoch wenig, weil eine qualitative Komponente nicht zum Ausdruck kommt. Faßt man die Schülerzahlen an Haupt- und Sonderschulen zusammen und bezieht ferner die Berufsschüler

⁵ Die Schüler beruflicher Schulen sind einbezogen. Von den allgemeinbildenden Schulen sind die Schüler der Grundschulen und die der vergleichbaren Klassenstufen 1–4 der integrierten Gesamtschulen und freien Waldorfschulen nicht berücksichtigt.

ein, die nicht zugleich Lehrlinge sind⁶, dann ging für diese Gruppe der Anteil der Frauen von rund 53 vH (1960) auf 46 vH (1987) zurück. Für die Schüler beruflicher Schulen, ohne die oben genannte Teilgruppe der Berufsschüler, ergibt sich eine Zunahme des Frauenanteils von rund 40 auf 47 vH, also um 7 vH-Punkte. Im gleichen Ausmaß stieg der Frauenanteil an den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen auf 51 vH. Deutlich darunter blieb — trotz einer Steigerung um 14 vH-Punkte — der Anteil der Studentinnen mit 38 vH.

Die Frauen gingen somit verstärkt auf die Realschulen und Gymnasien, aber auch die beruflichen Schulen insgesamt⁷. Während der Anstieg des Frauenanteils an den allgemeinbildenden Schulen schon in den sechziger Jahren begann, erfolgte er an den beruflichen Schulen Mitte der siebziger Jahre zeitlich versetzt und ging bis in die Gegenwart weiter.

Die größte absolute Zunahme war bei den weiblichen Jugendlichen in der Lehrausbildung zu verzeichnen. Der Frauenanteil erreichte 42 vH. Obwohl in den achtziger Jahren eine ausgleichende Veränderung einsetzte, wurden männliche und weibliche Jugendliche nach wie vor in typischen Schwerpunkten ausgebildet: die weiblichen vorwiegend in Dienstleistungsberufen mit teilweise nur zweijähriger Lehrzeit, die männlichen in Fertigungsberufen mit mindestens dreijähriger Lehrzeit. Deshalb ist die Verweildauer in der Lehrausbildung bei Männern größer als bei Frauen. Von allen Schülerinnen beruflicher Schulen waren 60 vH Auszubildende, von den Schülern dagegen 72 vH.

Dagegen werden an den Berufsfachschulen und an den Schulen des Gesundheitswesens traditionell vorwiegend Frauen ausgebildet. Beide Schularten festigten ihre Bedeutung im System beruflicher Schulen: 1960 waren erst 9 vH der Schüler an ihnen eingeschult, 1987 18 vH. Trotz dieser Expansion, die an beiden Schularten gleich groß war, blieb der Frauenanteil mit 68 vH an den Berufsfachschulen und mit 86 vH an den Schulen des Gesundheitswesens nahezu unverändert hoch. An den Berufsfachschulen absolvieren Frauen und Männer überwiegend eine ein- oder zweijährige Ausbildung in Dienstleistungsberufen. An den Schulen des Gesundheitswesens erlernen sie vorwiegend Gesundheitsdienst, aber auch Sozialberufe. Faßt man Auszubildende, Berufsfach- und Kollegs Schüler und die von den Ausbildungsgängen her nicht voll vergleichbaren Schüler der Schulen des Gesundheitswesens zusammen, dann wird der Aufholprozeß der Frauen deutlich: Seit 1960 stieg der Frauenanteil von 40 auf 48 vH.

Die Fachschulen, die auch Erst-, aber vor allem Weiterbildung anbieten, besuchten 1987 rund 5 vH der Schüler beruflicher Schulen, aber nur knapp 3 vH der Schülerinnen. Der Frauenanteil lag zuletzt mit 34 vH auf dem niedrigsten Niveau seit 1970. Dies bedeutet, daß Frauen Ausbildungschancen an Fachschulen noch seltener wahrnahmen als in den vergangenen Jahren. Das läßt

sich dadurch erklären, daß Frauen die technischen, Wirtschafts- und Fertigungsberufe selten erlernten, während sie überproportional Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe wählten. Sie entschlossen sich damit auch kaum zu einer Weiterbildung zum Techniker, Meister oder Betriebswirt.

An den übrigen beruflichen Schularten wird keine vollwertige Berufsausbildung vermittelt. Angeboten wird der Erwerb schulischer Berechtigungen (Abschlüsse) verbunden mit berufsorientierten Kenntnissen wie die Fachschul- oder Fachhochschulreife. Zu diesen Schularten zählen Berufsaufbau-, Fachober-, Berufsober- und technische Oberschulen sowie die Fachgymnasien. 1987 besuchten sie rund 7 vH der Schüler beruflicher Schulen, jedoch nur 4 vH der Schülerinnen. Der Frauenanteil lag bei 34 vH.

Schulabschlüsse an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen

Im Jahre 1986 — bis zu diesem Zeitpunkt sind die Ergebnisse beruflicher Schulen veröffentlicht — wurden insgesamt 1,8 Mill. Abschlüsse registriert, 0,8 Mill. an allgemeinbildenden Schulen und 1 Million an beruflichen Schulen, einschließlich des Lehrabschlusses⁸. Zusammen mit den Abgängern ohne Abschluß betrug die Gesamtzahl 2 Millionen. Der Frauenanteil betrug bei den Abschlüssen 49 vH.

An den allgemeinbildenden Schulen deckt sich die Struktur der Abschlüsse mit den schon dargestellten geschlechtsspezifischen Ergebnissen. Der Frauenanteil betrug 1986 beim Hauptschulabschluß 45 vH, beim mittleren Abschluß 53 vH und bei der allgemeinen Hochschulreife 50 vH. Im folgenden wird näher auf die vielfältige Struktur der Abschlüsse an beruflichen Schulen eingegangen. Erreicht werden vollwertige Be-

⁶ 1960 waren dies insgesamt 400 000 Jugendliche. 280 000 waren Frauen, zum größten Teil mithelfende Familienangehörige und arbeitslose Jugendliche, die der Schulpflicht unterliegen.

⁷ Der Trend zu weiterführenden allgemeinbildenden Schulen wurde auch durch einen Mangel an beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten bei der Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge unterstützt. Beispielsweise gab es bei den Lehrstellen einen Nachfrageüberhang. Gleichzeitig war für Jugendliche die Arbeitsmarktlage schlecht, deshalb durchliefen sie teilweise mehrere Bildungsgänge auf vergleichbarem Niveau, ohne dabei immer einen anerkannten Ausbildungsabschluß zu erreichen (Schleifenausbildung).

⁸ In der Gesamtzahl der Lehrabschlüsse, die bei den Kammern abgelegt werden, sind die von Personen enthalten, die als Externe zur Prüfung zugelassen werden, obwohl sie im Prüfungsjahr die Berufsschule nicht mit einem Abschlußzeugnis verließen. Die jährliche Zahl der Lehrabschlüsse liegt deshalb über der Zahl der Abschlüsse der Teilzeitberufsschulen.

Abschlüsse allgemeinbildender und beruflicher Schulen 1986
in 1000 Personen und in vH

	in 1000 Personen		in vH
	Ins- gesamt	Frauen	Frauen- anteil
Mit Abschluß	1822,8	890,1	48,8
davon			
Allgemeinbildende Schulen	802,5	397,4	49,5
davon			
Hauptschulabschluß	263,1	117,9	44,8
Mittlerer Abschluß	328,0	173,5	52,9
Fachhochschulreife	5,7	3,2	55,3
Allg. Hochschulreife	205,7	102,8	50,0
Berufliche Schulen ¹⁾	1020,3	492,7	48,3
darunter			
Hauptschulabschluß	22,1	8,7	39,4
Mittlerer Abschluß	63,0	37,0	58,7
Fachhochschulreife	60,8	24,3	40,0
Allg. Hochschulreife	18,9	7,6	40,2
Ohne Abschluß	231,9	95,0	41,0
davon			
Allgemeinbildende Schulen ²⁾	65,2	25,9	39,7
Berufliche Schulen ³⁾	166,7	69,1	41,5
Insgesamt	2054,7	985,1	47,9

1) Einschließlich Lehrabschlüsse. — 2) Schulabgänger ohne Haupt-
schulabschluß. — 3) Einschließlich ohne Angabe der Zeugnisart.

Quellen: Zusammengestellt aus: Bundesministerium für Bildung und
Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89,
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Schulen 1986,
Fachserie 11, Reihe 2.

rufsabschlüsse⁹, schulische Berechtigungen und eine Kombination beider Abschlußarten.

Insgesamt verließen 1986 knapp 1,2 Mill. Schüler die beruflichen Schulen oder bestanden die Lehre. An der Zahl der Abschlüsse erreichten die Frauen einen Anteil von gut 48 vH. Zwar beendeten somit insgesamt mehr Männer als Frauen ihre Ausbildung, doch schlossen die Frauen erfolgreicher ab: Bezogen auf alle weiblichen Schulentlassenen lag die Abschlußquote bei 88 vH, auf alle männlichen bei 84 vH.

Von den Berufsabschlüssen hatte der Lehrabschluß, den drei Fünftel aller Schulentlassenen erlangten (675 000), das größte Gewicht. Diesen Abschluß hatten fast drei Fünftel der männlichen Schulentlassenen, aber nur rund die Hälfte der weiblichen. Der Frauenanteil war mit 43 vH vergleichsweise niedrig. An den Berufsfachschulen, den Schulen des Gesundheitswesens und den Fach- und Berufsakademien legten allerdings ein Viertel der weiblichen Schulentlassenen, aber nur ein Zehntel der männlichen die Abschlußprüfung ab. Somit waren die Frauenanteile an den Berufsfachschulen mit 69 vH und an den anderen beiden Schularten mit jeweils 86 vH recht hoch. Faßt man diese vollwertigen Berufsabschlüsse zusammen, dann lag der Frauenanteil bei 50 vH. Er war damit höher als der Anteil der Frauen an der Bevölkerung.

An den Fach- und Kollegschaften war dagegen der Männeranteil an den Abschlüssen jeweils höher. Bei diesen Berufsabschlüssen erreichte der Frauenanteil insgesamt nur 39 vH.

Werden alle vollwertigen Berufsabschlüsse zusammengefaßt, dann unterschieden sich Männer- und Frauenanteil kaum (50,4 zu 49,6 vH). Dieses Resultat bestätigt den erfolgreichen Aufholprozeß der Frauen bei den Abschlüssen der beruflichen Schulen und der Lehre. Dazu trug die bessere Erfolgsquote beim Abschluß bei. Aber auch die kürzeren Ausbildungszeiten in Ausbildungsgängen, die vorwiegend Frauen absolvieren, erhöhten bei wieder sinkenden Schülerzahlen den Frauenanteil an den Abschlüssen.

Berufliche Schulen, an denen vorrangig schulische Abschlüsse¹⁰ — ergänzt durch berufsorientierte Kenntnisse — erworben werden, schlossen 60 000 Schüler mit Erfolg ab. Nahezu alle Schüler erhielten die Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife. Der Frauenanteil betrug 33 vH. Auch an den beruflichen Schulen mit vollwertiger beruflicher Ausbildung werden schulische Abschlüsse zusätzlich abgelegt, oft in der Form einer „doppelt qualifizierenden“ Ausbildung¹¹. Mehr weibliche als männliche Schulentlassene erhielten solch einen Abschluß.

Zusammen erreichten an beruflichen Schulen 165 000 Absolventen einen schulischen Abschluß oder einen schulischen Abschluß als Doppelqualifikation. Der Frauenanteil war mit 47 vH kleiner als der Anteil der Frauen an der Bevölkerung. Bezogen auf die männlichen und weiblichen Schulentlassenen insgesamt hatten Männer und Frauen mit 14 vH aber die gleichen Abschlußquoten. Der Erfolg der Frauen geht auf die große Zahl von Absolventinnen der Berufsfachschulen mit einer Doppelqualifikation zurück (43 000).

Bei der Hochschulreife, zu der allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife gerechnet werden, wurden rund 80 000 Prüfungen registriert. Der Frauenanteil betrug nur 40 vH, während an den allgemeinbildenden Schulen inzwischen gleich viele Schüler und Schülerinnen die Hochschulreife ablegen. Der überwiegend von Männern eingeschlagene Weg über berufliche Schulen führte dazu, daß Mitte der achtziger Jahre, gemessen am

⁹ Als vollwertige Berufsabschlüsse werden die Abschlüsse der Lehre, Berufsfach-, Fach- und Kollegschaften, der Schulen des Gesundheitswesens und der Fach- und Berufsakademien betrachtet, obwohl an den Berufsfachschulen die einjährigen Ausbildungsgänge nicht immer zu einer vollen beruflichen Qualifikation führen.

¹⁰ Ausgewählte Abschlüsse beruflicher Schulen sind nach Beschlüssen der Kultusminister den Abschlüssen allgemeinbildender Schulen gleichwertig.

¹¹ Diese Abschlüsse erhielten ihren großen Stellenwert erst im letzten Jahrzehnt. Oft werden sie an Berufsfachschulen abgelegt, aber auch an neuen Bildungsinstitutionen wie den Kollegschaften.

**Bestandene Abschlußprüfungen von Lehrlingen
und Abschlüsse der beruflichen Schulen
nach Abschlußart 1986
in 1000 Personen und in vH**

Schulen nach Abschlußart	in 1000 Personen Ins- gesamt	in vH		
		Frauen- anteil	Männer	Frauen
Beruflicher Abschluß				
Berufsschulen ¹⁾	701,6	43,3	63,6	54,0
davon				
Lehrabschluß	675,0	43,5	60,9	52,3
Schulischer Abschluß				
dar. Hauptschulabschluß	19,6	34,7	2,1	1,2
Mittlerer Abschluß	7,0	42,9	0,6	0,5
Insgesamt	26,6	36,8	2,7	1,7
Berufsfachschulen	157,5	69,4	7,7	19,5
dar. Hauptschulabschluß	2,5	76,0	0,1	0,3
Mittlerer Abschluß	44,2	68,3	2,2	5,4
Fachhochschulreife	18,1	57,5	1,2	1,8
Allg. Hochschulr.	0,6	50,0	0,0	0,1
Insgesamt	65,4	65,4	3,6	7,6
Kollegschulen	16,8	42,9	1,5	1,3
dar. Mittlerer Abschluß	1,1	45,5	0,1	0,1
Fachhochschulreife	1,7	35,3	0,2	0,1
Allg. Hochschulr.	0,9	55,6	0,1	0,1
Insgesamt	3,7	43,2	0,3	0,3
Fachschulen	37,6	36,7	3,8	2,5
dar. Mittlerer Abschluß	3,0	10,0	0,4	0,1
Fachhochschulreife	2,7	55,6	0,2	0,3
Insgesamt	5,7	31,6	0,6	0,3
Fach- und Berufsakademien	3,6	86,1	0,1	0,5
dar. Fachhochschulreife	1,0	90,0	0,0	0,2
Schulen des Gesundheitsw.	40,8	85,8	0,9	6,2
Insgesamt	957,9	49,3	77,7	84,0
dar. Hauptschulabschluß	22,1	39,4	2,1	1,5
Mittlerer Abschluß	55,3	61,5	3,4	6,0
Fachhochschulreife	23,5	57,0	1,6	2,4
Allg. Hochschulr.	1,5	53,3	0,1	0,1
Insgesamt	102,4	55,6	7,3	10,1
Schulische Berechtigung				
Berufsaufbauschulen	6,3	36,5	0,6	0,4
alle mit Mittl. Abschluß				
Fachoberschulen	36,6	29,0	4,2	1,9
alle mit Fachhochschulr.				
Berufsober-, Techn. Obersch.	1,6	25,0	0,2	0,1
alle mit Allg. Hochschulr.				
Fachgymnasien	17,9	41,3	1,7	1,3
davon Mittl. Abschluß	1,4	50,0	0,1	0,1
Fachhochschulr.	0,7	42,9	0,1	0,1
Allg. Hochschulr.	15,8	40,5	1,5	1,1
Insgesamt	62,4	33,2	6,7	3,7
davon Mittl. Abschluß	7,7	39,0	0,7	0,5
Fachhochschulr.	37,3	29,2	4,2	1,9
Allg. Hochschulr.	17,4	39,1	1,7	1,2
Alle Schulentlassenen				
Mit Abschluß	1020,3	48,3	84,4	87,7
dar. Hauptschulabschluß	22,1	39,4	2,1	1,5
Mittlerer Abschluß	63,0	58,7	4,2	6,6
Fachhochschulreife	60,8	40,0	6,8	4,3
Allg. Hochschulr.	18,9	40,2	1,8	1,3
Insgesamt	164,8	47,1	13,9	13,8
Ohne Abschluß ²⁾	166,7	41,5	15,6	12,3
Insgesamt	1187,0	47,3	100,0	100,0

1) Einschließlich Lehrabsolventen, die die Berufsschulen nicht besuchten. —
2) Einschließlich ohne Angaben der Zeugnisart. Insgesamt war bei 29 000 Jugendlichen nicht nachweisbar, ob sie ein Abgangs- oder Abschlußzeugnis erhielten. Da die Jugendlichen vorher nahezu ausschließlich aus dem Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungsjahr ausschieden, werden diese Schüler zu den Abgängern ohne Abschluß gezählt. Knapp 21 000 waren männliche Jugendliche.

Quelle: Zusammengestellt aus: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Schulen 1986, Fachserie 11, Reihe 2.

Durchschnittsjahrgang der Bevölkerung von 18 bis unter 21 Jahre, rund 29 vH der Männer, aber nur 27 vH der Frauen die Hochschulreife erzielten.

Ausblick

Von 1960 bis 1987 gingen die Jugendlichen zunehmend auf weiterführende allgemeinbildende Schulen und auf die Hochschulen. Dabei besuchten Frauen verstärkt Gymnasien und Realschulen, aber auch berufliche Schulen. Der Anstieg des Frauenanteils beim Schulbesuch begann an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den sechziger Jahren, während er an beruflichen Schulen erst von der Mitte der siebziger Jahre an stattfand.

Bei den Abschlüssen weiterführender allgemeinbildender Schulen übertrafen gegen Ende der siebziger Jahre die Frauen das Abschlußniveau der Männer. An den beruflichen Schulen erzielten noch mehr Männer als Frauen einen schulischen Abschluß; die Frauen holten jedoch auf. Der häufiger von Schülern als von Schülerinnen gewählte Weg zur Hochschulreife über berufliche Schulen führte dazu, daß auch anteilig an der Bevölkerung mehr Männer als Frauen diesen Abschluß erreichten. An beruflichen Schulen besteht ein Trend zu höheren schulischen Abschlüssen.

Junge Männer und Frauen schließen in etwa gleichem Umfang die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ab und erwarten adäquate Tätigkeiten im Berufsleben. Doch das Angebot an Arbeitsplätzen hat mit der Bildungsexpansion nicht Schritt gehalten. Die Frauenerwerbsquote in der Bundesrepublik ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch niedrig. Das Aufholen der Frauen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen kann sich noch nicht im Beruf fortsetzen. Hier ist die Wirtschaftspolitik gefordert, auch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt: Ein Wettbewerbsvorsprung, der sich aus dem vergleichsweise guten System der Berufsausbildung abzeichnet, kann nur erreicht werden, wenn die gut ausgebildeten jungen Männer und Frauen auch in das Beschäftigungssystem integriert werden.

Die Bildungspolitik muß sich mehr als bisher dem Problem stellen, die hohe Zahl derjenigen zu verringern, die ohne Hauptschulabschluß bleiben oder ohne berufliche Ausbildung in das Erwerbsleben eintreten. Auch steht sie weiterhin vor der Aufgabe, für die höheren schulischen Abschlüsse — den mittleren Abschluß und die Hochschulreife — (neue) qualifizierte berufliche Bildungsgänge als attraktive Alternative zum Hochschulstudium anzubieten. Gleichzeitig würde dies der Fachkräftelücke entgegenwirken, die infolge geburtenschwacher Jahrgänge und bei steigenden Anforderungen in der Berufstätigkeit droht. Ansatzpunkte gibt es bei der Lehrausbildung im Bereich des Handwerks. Aber auch bei den gewerblichen Berufen im Bereich von Industrie und Handel ist

trotz steigender Anforderungen der Anteil von Auszubildenden mit Hochschulberechtigung gering. An den beruflichen Schulen ist die Ausstattung zu verbessern und das Personal zu verstärken. Weiterhin fehlt eine Neuordnung der beruflichen Ausbildung an Berufsfachschulen, vor allem eine Aufwertung einjähriger Ausbildungsgänge.

Der noch vorhandene Rückstand der Frauen bei den Abschlüssen an Fachschulen und Hochschulen wird sich kurzfristig mit bildungspolitischen Maßnahmen allein nicht aufheben lassen. Noch sind Berufswahl- und Weiterbildungsverhalten sowie die Auswahl der Fachrichtungen geschlechtsspezifisch geprägt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Innerdeutscher Handel: Expansionsmöglichkeiten wirklich nutzen! Bearbeitet von Horst Lambrecht. —
Schulische Bildung und berufliche Qualifikation von Frauen und Männern. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —